

Editorial

Mit der Reise Kohls zeigte Deutschlands Regierungsspitze seit langem einmal wieder Flagge in Asien, nur um (mal wieder) festzustellen, daß ihr Land in weiten Teilen keinen nennenswerten Einfluß hat. Das mögen bestimmte Wirtschaftskreise bedauern, aber es ist auch gut so, denn das neue "Modell Deutschland" könnte höchstens noch interessant für Korea sein, wie sie es nicht machen sollten! Aber als angehende, z.Zt. finanziell noch etwas angeschlagene Großmacht glaubt die Bundesregierung nun auch Weltpolitik betreiben zu müssen, im Verbund mit seinen europäischen Partnern aber möglichst zum eigenen Vorteil. Mit Singapur scheint es die "Geheimwaffe" zur besseren Eroberung des chinesischen Marktes gefunden zu haben, wie wir den Beobachtungen von P. Oppenheim aus Singapur entnehmen können. Der wichtigste Partner in Südostasien bleibt Indonesien, sowohl als Absatzmarkt wie auch als Rohstofflieferant. Aber auch geopolitisch ist es von Interesse, denn Indonesien hat das Potential und den Ehrgeiz zu einer politischen Vormachtstellung in der Region. Dazu braucht es Waffen und eine Waffenindustrie und dazu verhelfen ihr die deutsche Industrie und Regierung. Kohl verzichtet dann auch ganz staatsmännisch darauf, die seit 27 Jahren anhaltenden Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu diskutieren.

Die hatten wir uns zum Thema für unsere diesjährige Jahrestagung gemacht, indem wir es positiv benennen, **More Power to the People. Konflikte um Demokratisierung in Südostasien**. Doch mit der Tagung selbst, konnten wir nur einige wenige Aspekte und die auch nur unvollständig aufgreifen, wie *Hasjruil Junaid* in seinem Kommentar **Demokratisierung in Südostasien - für wen?** dazu richtig feststellt. Demokratie für wen, von wem und wofür scheinen die etwas banalen Fragen zu sein, die allerdings keiner so pauschal für die ganze Region beantworten kann. Mal wieder schlägt uns die politisch-kulturelle Komplexität und Vielfalt der Region entgegen. Die politischen Entwicklungen in jedem Land müssen differenziert bewertet werden müssen, will man nicht in ein ganz pauschales Schwarz-weiß Bild verfallen.

Einschätzungen und Diskussionen, welche die Region als ganze betreffen, können wir aber trotzdem dokumentieren. So ist eine zentrale Frage die des **Verhältnisses von Demokratisierung und Entwicklung**, wie sie auf einer Tagung des PP21 in Thailand von Vertretern verschiedener Länder diskutiert wurde. Die **Erklärung von asiatischen**

NROs an die im Juni dieses Jahres stattfindende Menschenrechtskonferenz in Wien greift diese Frage ebenfalls auf. Wir haben beide Dokumente übersetzt und abgedruckt, drücken sie doch deutlich aus, daß Entwicklung, was immer darunter verstanden wird, nicht ohne einhergehende Kontrolle durch die Mehrheit der Bevölkerung, also Demokratie, stattfinden darf.

Der einstige Premierminister von Singapur, *Lee Kuan Yew*, will erst einmal die "Entwicklung" sichern und sieht Demokratie im Sinne der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen als ein westlich geprägtes, kaum erreichtes Ideal, das "asiatischen" Wertvorstellung nicht entspricht. Wir dokumentieren seine **Vorstellung von Demokratie**, die in ihrer Ausrichtung nicht nur unter den Herrschenden in Südostasien verbreitet ist, in Auszügen aus einer Rede vom November 1992.

Durch die meisten Artikel zieht sich mehr oder minder ausgeprägt eine zentrale Frage, nämlich die der Rolle der sogenannten städtischen "Mittelklasse". Sie stellt sich als Hauptträger einer sogenannten "civil society" (bürgerlichen Gesellschaft) und auch Hauptnutznießer von Demokratisierungsprozessen dar. Ausdrücklich stellt sich *Kastorius Sinaga* in seinem Artikel **Intellektuelle in Indonesien** diese Frage und stellt fest, daß es vor allem die Intellektuellen sind, die letztendlich als Politikmakler die Interessen der Bevölkerungsmehrheit denen der Herrschenden anzupassen suchen. Das alles unter der Ägide einer militarisierten Gesellschaft, wie sie *Theo Soetomo Siswopranata* in seinem Beitrag **Militarisierung der Gesellschaft im Indonesien der "Neuen Ordnung"** für die Südostasientagung darstellt. Ähnlich sieht es die Referentin *Surasavadee Hunpayon*, die in ihrem Beitrag **Schwarzer Mai 1992: Wendepunkt für die Entwicklung der Demokratie in Thailand** die Bedeutung der urbanen Mittelklasse in der demokratischen Bewegung Thailands hervorhob. *Alexander R. Magno* aus den Philippinen unterstrich in seinem Beitrag zur Südostasientagung **Demokratisierung und Volkskämpfe auf den Philippinen**, daß die Chancen, die der augenblickliche Demokratisierungsprozeß von oben bietet, vor allem den Mittelklassen von Nutzen sei. Nach seiner Meinung ist der bewaffnete Kampf um die Volksherrschaft gescheitert, nicht zuletzt, weil die linke Bewegung keine konkreten Herrschaftsalternativen entwickeln konnte, die auf den Philippinen eine Chance hätten. Mit diesem Problem stehen die philippinischen Linken nicht allein in der Welt.

Den Prozeß der Zurückdrängung feudaler Machtstrukturen in einer konstitutionellen Monarchie zeigt *Andrew Harding* an hand des **Verfassungskonfliktes zwischen Regierung und den traditionellen Herrschern**, den Sultanen, in

Malaysia. Hier wurden die Anachronismen feudaler Herrlichkeit von den nachkolonialen neuen Herrschenden abgeschafft, um den Technokraten, Bürokraten und der Wirtschaft allein den Einfluß auf die Politik zu überlassen.

Völlig andere Ausgangsbedingungen im Kampf um Demokratie haben die Länder des sogenannten Indochina. *Martin Stuart Fox* analysiert in dem Artikel **Perspektiven der Demokratisierung** anschaulich die Situation in Laos, wo die Regierungs- und Parteiführung den Weg einer "Entwicklungsdiktatur", wohl ganz im Sinne Lee Kuan Yews, einschlagen will. Mit dem Fehlen einer Mittelklasse fehlen auch die Ansätze liberaler Demokratie und somit stehen die Aussichten auf Demokratisierung schlecht. *Nguyen Xuan Tho* ist da in seinem Beitrag **Demokratie in Vietnam** ein wenig optimistischer, sieht er doch Ansätze der Verankerung von bürgerlichen Freiheiten in der Verfassung sowie oppositionelle Kräfte unter den Intellektuellen und in der Wirtschaft zaghaft aufkeimen. **Wahlen in Kambodscha um jeden Preis?** überschrieb *Hans Ulrich Luther* seinen Bericht und macht darin deutlich, daß eine Erzwingung von Wahlen durch ein Gremium wie die Vereinten Nationen allein weder den Frieden noch demokratische Verhältnisse sichern können wird.

Das hat schließlich auch die Wahl in Burma 1990 gezeigt, wo die Militärjunta sich kein bißchen um das Ergebnis scherte, das ihnen eine eindeutige Abfuhr erteilt hatte. Stattdessen legte sie einen Entwurf für eine neue Verfassung vor, der auf einer im Januar dieses Jahres einberufenen Nationalversammlung diskutiert werden sollte. Wir drucken Auszüge aus einer **Erklärung der NLD** dazu ab.

In eigener Sache ist zu berichten, daß wir seit Anfang Januar zwei neue hauptamtliche Mitarbeiter, Gebhard Körte und Martin Piegeler, und eine langjährige Mitarbeiterin, Susanne Wycisk, vorerst für ein Jahr als Hauptamtliche beschäftigen können. Ferner ist die Entscheidung für den Standort eines Asienhauses auf den Raum Bochum/Dortmund gefallen. Mittelfristig werden hier das Südasienbüro, das Philippinenbüro, der Korea-Verband und wir zusammen mit möglichen anderen asienbezogenen Gruppen und Organisationen unter einem Dach arbeiten. Wir haben zu diesem Zweck im Vorstand des Trägervereins eine ausführlichere Diskussion über die **Perspektiven asienbezogener Solidaritätsarbeit** geführt, deren Ergebnisse als Beitrag auf dem Asienhaus-Workshop vorgetragen wurden und auch hier abgedruckt werden.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes ist **Bildung**, Redaktionsschluß 1.6.93.

Für die Redaktion:
Peter Franke